

Niederschrift über die 4. Sitzung des Bezirksausschusses am 15.04.2021, 18:00 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Cornelia Bagheri	Pro Coesfeld	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Jürgen Braukmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Reinhard Elsbecker	CDU	
Herr Michael Quiel	CDU	
Frau Gisela Schulze Tast	CDU	
Herr Horst Schürhoff	SPD	
Frau Bettina Suhren	SPD	
Herr Daniel Tüllinghoff	CDU	Vertreter für Herrn Wenning
Herr Holger Weiling	CDU	Vertreter von Herrn Brocks
Frau Andrea Wichmann	CDU	
Herr Paul Zumbült	Pro Coesfeld	Vertretung für Frau Patricia Vogel
beratende Mitglieder		
Frau Wiebke Arning	FDP	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Herr Theo Witte	FBL 50	
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung:

Herr Bernhard Kestermann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:00 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Bericht von Herrn Schlütermann vom DRK über die aktuelle Corona(-Test)-Situation
- 3 86. Flächennutzungsplanänderung und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 160
"Gewerbegebiet Letter Bülten" / Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger:innen öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit
Vorlage: 114/2021
- 4 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Veräußerung von Teilflächen
Vorlage: 112/2021
- 3 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Kestermann teilt mit, dass Frau Ministerin Scharrenbach letzte Woche in Lette war um den Förderbescheid für die Umgestaltung und Erweiterung des Heimathauses i.H.v. 576.825,- € zu überreichen. Er dankt allen Beteiligten und besonders auch dem CDU-Landtagsabgeordneten Herrn Korth.

Zusätzlich weist Herr Kestermann darauf hin, dass die verschiedenen Baumaßnahmen in Lette zurzeit zu Einschränkungen für den Verkehr führen. Er bittet hier um Verständnis.

TOP 2	Bericht von Herrn Schlütermann vom DRK über die aktuelle Corona(-Test)-Situation
-------	--

Herr Schlütermann gibt einen ausführlichen Bericht über die aktuelle Coronasituation und die Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuz. Die wesentlichen Inhalte der Ausführungen von Herrn Schlütermann werden im Folgenden stichpunktartig wiedergegeben:

- Seit 1. Januar 2021 ist das Impfzentrum betriebsbereit, gestartet wurde jedoch erst im Februar. Aktuell läuft das Impfzentrum unter Volllast und es werden ca. 700 Dosen auf vier Straßen verimpft. Hauptsächlich werden Impfdosen der Firmen AstraZeneca und BioNTech Pfizer verwendet. Die Abläufe im Impfzentrum würden sehr gut laufen.
- Ein regelmäßiges Testen und das Impfen gegen das Corona-Virus seien sehr wichtig. Ab dem 3. Quartal des Jahres 2021 werde es mehr Impfdosen als Impfberechtigte geben. Bis das Impfen Wirkung zeige, müssen altbewährte Maßnahmen befolgt werden und ein regelmäßiges Testen vorangetrieben werden.
- Noch vor der Verkündung des Bundes, dass jedem Bürger ab dem 08. März kostenlose Schnelltests ermöglicht werden sollen, hatte das DRK bereits Testzentren in Dülmen, Coesfeld, Lüdinghausen und Buldern eingerichtet. Aktuell gebe es kreisweit 12 Stellen vom DRK, an denen man sich testen lassen könne. Es sei nicht immer einfach, die genauen Bedarfe in einzelnen Orten und Ortschaften festzustellen.
- Die Zuständigkeit einer Genehmigung zur Einrichtung eines Testzentrums liege beim Kreisgesundheitsamt.
- Die in den Testzentren des DRK tätigen Mitarbeiter:innen wurden von DRK-Ärzten geschult. Das DRK sei für die Einrichtung der Testzentren mit 0,5 Millionen Euro in Vorleistung gegangen und habe noch keine Erstattung erhalten.
- Herr Schlütermann betont, dass das DRK sich durch die eigene Satzung eine Pflicht zur Krisenhilfe auferlegt habe.
- Bis zum heutigen Tage (15.04.) wurden allein in Coesfeld 15.000 Menschen getestet. Nur durch das Testen könne das Virus eingedämmt werden. Herr Schlütermann appelliert an alle, dieses Angebot wahrzunehmen.

- Am CoeBad soll in Kürze ein weiteres Testzentrum eingerichtet werden. Außerdem würde zurzeit nach einer Lösung gesucht, um auch Testmöglichkeiten in Lette anzubieten.
- In Coesfeld seien aktuell 65.000 Menschen für eine Testung beim DRK registriert.
- Ein kostenloser Bürgertest sei mehr als einmal die Woche möglich. Herr Schlütermann weist darauf hin, dass durch die vorherige Online-Registrierung ein schnellerer Ablauf als durch eine Vergabe von festen Terminen möglich sei (Abnahme von doppelt so vielen Tests).

Herr Witte ergänzt:

- Das Kreisgesundheitsamt rechne damit, dass die Inzidenz in den nächsten Tagen über 100 steigen werde.
- Er weist noch einmal darauf hin, dass die Entscheidung darüber, ob ein Testzentrum eingerichtet werden dürfe, beim Kreisgesundheitsamt liege; so bspw. auch bei dem geplanten „Drive-Through“-Testzentrum auf dem Gelände der Fabrik.
- Heute (15.04.) wurden weitere Personen angeschrieben, die die Möglichkeit haben sich impfen zu lassen. Die Terminvergabe werde von der kassenärztlichen Vereinigung organisiert.
- Auch die Stadtverwaltung habe Tests bestellt, um als Arbeitgeber seiner Pflicht nachzukommen

Herr Weiling dankt Herrn Schlütermann und Herrn Witte für die Ausführungen und betont, dass ein Testzentrum gerade für Lette wichtig sei, da hier 5500 Einwohner:innen leben, welche die Chance brauchen, sich auch vor Ort testen zu lassen. Dies würde zudem die Testzentren in Coesfeld entlasten. Herr Weiling erkundigt sich, wie lang eine Umsetzung/ Einrichtung eines Testzentrums in Lette ungefähr dauern würde, ob bereits Angaben zum konkreten Ort gemacht werden könnten und wie es dazu kam, dass Lette nun doch in den Blick genommen wurde und ein eigenes Testzentrum erhalte.

Herr Schlütermann antwortet, dass es bezüglich des Ortes Gespräche mit einem Kooperationspartner gebe. Er betont zudem, dass ein Ganztagsangebot sinnvoll erscheine. Außerdem weist er darauf hin, dass zunächst die Grundversorgung mit Schnelltests gesichert werden sollte, bevor in jedem Ortsteil ein Testzentrum eingerichtet würde. Die Absicht des DRK sei es, die Pandemie zu durchbrechen, anstelle Umsatz zu generieren.

Herr Zumbült merkt an, dass das Verfahren dahingehend geändert werden solle, dass man sich nicht vor jeder Testung neu registrieren müsse.

Herr Schlütermann erklärt, dass dies aus datenschutzrechtlichen Gründen nötig sei, da der Zweck der Datenspeicherung nach der Testung entfalle und die Daten gelöscht werden müssen.

Herr Dr. Kleinschneider betont, dass das DRK einen großen Vertrauensvorsprung gegenüber Privatpersonen, die auch Testungen durchführen, habe. Er geht davon aus, dass ein Testzentrum in Lette sehr gut angenommen würde.

Herr Schlütermann dankt für das Vertrauen. Er betont zudem, dass jeder willkommen sei, der Testungen anbietet, auch wenn diese auf einem wirtschaftlichen Interesse basieren; er stellt jedoch auch heraus, dass das DRK diese Interessen nicht verfolge.

Herr Schürhoff fragt, wie mit der Testung von Erntehelfern umgegangen werde.

Herr Schlütermann erläutert, dass jeder, sowohl versichert oder nicht-versichert sowie alle EU-Bürger:innen, einen Anspruch auf kostenlose Testungen habe. Er weist auch darauf hin, dass es nun auch die Pflicht für Arbeitgeber gebe, Schnelltests anzubieten.

Herr Weiling erkundigt sich noch einmal nach der Zeit, die es brauche, um ein Testzentrum in Lette einzurichten.

Herr Schlütermann antwortet, dass eine Einrichtung sehr zeitnah erfolgen könne. Wenn die Frage nach dem Standort geklärt sei, könnte dies bereits in der nächsten Woche geschehen.

Herr Witte teilt mit, dass nach Auskunft des Gesundheitsamtes noch einige Anträge auf Errichtung einer Teststelle vorlägen. Die Stadt habe hier jedoch keine Möglichkeit tätig zu werden, da dies in die Zuständigkeit des Kreisgesundheitsamtes falle.

Herr Kestermann bedankt sich bei Herrn Schlütermann und Herrn Witte für das Erscheinen und die zahlreichen Informationen.

TOP 3	86. Flächennutzungsplanänderung und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 160 "Gewerbegebiet Letter Bülden" / Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger:innen öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit Vorlage: 114/2021
-------	--

Herr Kleinschneider, der als beratendes Mitglied im Bezirksausschuss tätig ist, erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt als befangen gem. §31 GO NRW und nimmt an der Beratung nicht teil. Er verlässt dafür seinen Platz und nimmt im hinteren Teil des Ratssaales Platz.

Herr Schmitz erklärt die Vorlage und den Sachverhalt. Dies tut er anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Herr Weiling stellt den Antrag, dass die Verwaltung prüfen möge, wie sich eine kleinteiligere Einteilung der Gewerbeflächen auf die Kosten einer zusätzlichen Erschließung auswirke. Dieser Vorschlag wird bei der Abstimmung als Erstes zur Abstimmung gestellt.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass solch eine Rechnung möglich sei. Er weist zudem darauf hin, dass jedes Gewerbegebiet seine eigenen Spezifika habe: so sei bspw. nicht jedes Gewerbegebiet für eine hohe Emissionsbelastung geeignet. Die Verwaltung gehe aktuell davon aus, dass das Gewerbegebiet / die gesamte Fläche als „GI“ (Gewerbegebiet Industrie) ausgewiesen werde. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre eine kleinere Einteilung ggfs. denkbar. Herr Backes weist darauf hin, dass es nicht einfach sei „GI“-Flächen zu bekommen.

Herr Weiling teilt mit, dass seinerzeit ein Beschluss im Rat gefasst wurde, der besagt, dass kleinere Gewerbeflächen für kleinere Unternehmen bereitgehalten werden sollen.

Frau Wichmann erkundigt sich, ob und in welcher Form eine Begrünung des Parador-Gebäudes vorgesehen sei. Sie fragt, ob bspw. Eine Wallhecke gepflanzt werden könne, um das Erscheinungsbild des neuen Gebäudes abzumildern. Sie äußert zudem die Sorge der Bühlbachbewohner, dass durch die große Fläche, die versiegelt wird, Hochwasser entstehen könnte.

Herr Stadtbaurat Backes erklärt, dass dem Bühlbach nur die Menge an Wasser zugeleitet werden dürfe, die ihm auch vorher durch die landwirtschaftlichen Flächen zugeleitet wurde; das zusätzliche Wasser, welches durch die Flächenversiegelung entstehe, müsse bis zum 100-jährigen Regenereignis vollständig zurückgehalten werden. Die Stadt sei verpflichtet, Vorkehrungen bis zum 100 jährigen Niederschlagsereignis zu treffen. Was die Begrünung des Gebäudes angehe, so teilt Herr Backes mit, dass die Firma Parador selbst ein Konzept für die Fassadengestaltung angekündigt habe. Hier werde folglich zunächst abgewartet, was für ein Konzept die Firma einreiche. Durch den Bebauungsplan haben die Ausschuss- und Ratsmitglieder die Möglichkeit Einfluss zu nehmen.

Herr Quiel erkundigt sich, ob es Anfragen von Letteraner Betrieben für Gewerbeflächen gebe.

Herr Backes teilt mit, dass es mehr Anfragen als Flächen gebe und dass es immer auch Kriterien für die Vergabe der Flächen geben müsse. Ziel sei es, bis Sommer ein Konzept zu erstellen, in dem die Kriterien festgelegt seien.

Herr Kestermann fragt an, in welcher Form die Letteraner Betriebe informiert wurden, dass Flächen zur Verfügung stünden.

Herr Backes teilt mit, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da die Information der Betriebe über die Wirtschaftsförderung erfolgt sei.

Herr Schürhoff weist noch einmal darauf hin, dass es sehr wichtig sei, die Bewohner:innen vor einem möglichen Übertreten des Bühlbaches über die Ufer zu schützen.

Herr Schmitz antwortet, dass die Verwaltung die Bevölkerung vor den Wassermengen des 100 jährigen Regenereignisses schützen müsse und dies auch tun werde. Auf Dauer müsse eventuell geschaut werden, dass sich Bürger:innen, welche betroffen seien könnten, auch selbst schützen.

Herr Backes schlägt vor, die aktuelle Situation in Form eines Berichts in der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses noch einmal vorzustellen.

Herr Braukmann erkundigt sich nach der Ausgleichsfläche.

Herr Schmitz erklärt, dass 20% des Grundstückes, welches bebaut werden soll, unversiegelt bleiben müssen. Der maßgebliche Ausgleich finde auf anderen Flächen statt. In dem Falle dieses Gebietes würden die Ausgleichspunkte in den Coesfelder Heubachwiesen eingesetzt.

Herr Backes ergänzt, dass das Grundstück insgesamt 60.400 m² umfasse, hiervon dürften 48.000 m² bebaut werden.

Herr Braukmann merkt an, dass dann die Zahlen in der Vorlage nicht passen würden. Hier wäre von einer Gesamtfläche von 98.400 m² die Rede.

Herr Backes antwortet, dass er davon ausgehe, dass die Planer hier von der Gesamtfläche ausgegangen seien. Er werde sich diesbezüglich erkundigen und eine Antwort über das Protokoll geben.

Antwort der Verwaltung: Bei der Bilanzierung handelt es sich um eine ganz grobe erste Einschätzung. Bei einer Gesamtfläche des Plangebietes von 126.270 m² wurden 80% = 98.400 m² als versiegelt, 20% für Kompensationsmaßnahmen angesetzt. Die Fa. Parador wird ja nur eine Teilfläche von 60.400 m² erwerben, von der dann ca. 48.000 m² versiegelt werden dürfen. Das entspricht den orangefarbenen und grauen Flächen von 360 x 128,5m = 46.260 m² zzgl. Nebenflächen wie Zufahrten und Feuerwehrflächen. Die Angaben sind korrekt.

Herr Zumbült fragt, ob es Messungen bezüglich der Entwicklung des Grundwasserstandes im Bühlbach gebe und wo entsprechende Messpunkte zu finden seien.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass dies eine Aufgabe des Kreises sei. Die Standorte der Messpunkte könnten zudem im Internet eingesehen werden.

Herr Kestermann sagt, dass in der Vorlage die Sprache von PV-Anlagen sei. Er fragt, wo diese installiert werden sollen.

Herr Schmitz antwortet, dass er dazu mehr sagen könne, sobald alle entsprechenden Rechnungen durchgeführt worden seien.

Unter den Ausschussmitgliedern herrscht Einvernehmen darüber, dass über die Beschlüsse 1 und 2 en bloc abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag (Antrag CDU):

Die Verwaltung erhält den Prüfauftrag zu errechnen, wie sich eine kleinteiligere Einteilung der Gewerbeflächen – welche auch für kleinere Unternehmen in Frage kämen – auf die Kosten einer zusätzlichen Erschließung auswirkt.

Beschlussvorschlag 1:

Die Durchführung der frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger:innen öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gen. § 3 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss (Antrag CDU)	11	0	2
Beschluss 1 und 2	11	2	0

TOP 4 Anfragen

Herr Quiel erkundigt sich, wann die Verwaltungsnebenstelle in Lette wieder geöffnet werden soll.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass die Verwaltung die Nebenstelle nicht öffnen möchte, bevor dort nicht mehr als nur eine Person arbeiten kann. Jedoch sei es schwierig, in den Räumlichkeiten, unter Einhaltung der geltenden Coronaschutz-Maßnahmen, zwei Personen unterzubringen. Er sehe deshalb zur Zeit keine Möglichkeit die Nebenstelle wieder zu öffnen.

Herr Tüllinghoff fragt, wie die andere Seite des Bühlbaches im Rahmen der Umbaumaßnahmen am Gemeindeplatz gestaltet werden soll.

Herr Schmitz antwortet, dass diese Seite Privatgelände sei und deshalb nicht berücksichtigt würde.

Herr Elsbecker teilt mit, dass bei der Begehung von Herrn Bernemann seinerzeit gesagt wurde, dass auch die andere (hier „private Seite“) mitgestaltet werden soll.

Herr Schmitz sagt zu dies zu klären.

Antwort der Verwaltung: Im Zuge der neuen Gemeindeplatzgestaltung in Lette wird in einem Teilabschnitt die bestehende Böschung zum Bühlbach abgeflacht und mit Sitzelementen ausgestattet. In unmittelbarer Nähe entsteht eine Freisitzplattform. Sowohl abgeflachte Böschung mit Sitzelemente als auch die Freisitzplattform haben eine südlich ausgerichtete Sichtichtung auf die gegenüberliegende, nicht überplante und wildwüchsige Böschungsseite des Bühlbaches. Um der Gesamtsituation einen sauberen, gepflegten Eindruck zu geben, muss die südliche Böschung im Bereich des Baufeldes überarbeitet werden. Holzschnittarbeiten sind bereits durchgeführt worden. Die Böschung soll im Weiteren mit wenig Aufwand neu profiliert werden und eine leichte, angemessene Bepflanzung erhalten. Die Arbeiten müssen mit der Unteren Wasserbehörde und dem Wasser und Bodenverband abgestimmt werden.

Herr Dr. Kleinschneider sagt, dass durch die Bauarbeiten am Gemeindeplatz, der Zugang zum BHD erschwert würde. Er fragt, ob es hier Priorisierungsmöglichkeiten gebe.

Herr Backes sagt, dass, sollte eine Priorisierung möglich sein, dies auch umgesetzt werden könne. Er sagt zu, dies an Herrn Bernemann weiterzugeben.

Antwort der Verwaltung:

Das BHD (Seniorenwohnanlage) liegt mit dem Haupteingang an der Coesfelder Straße , und mit dem Hintereingang zum Gemeindeplatz. Sowohl an der Coesfelder Straße, als auch am Gemeindeplatz laufen zur Zeit städtische Tief – und Straßenbauarbeiten. Dadurch sind die Zuwegungen zum BHD ein wenig beschwerlich.

*Dass zur Zeit an beiden Zugangsseiten des BHD s gebaut wird, begründet sich wie folgt:
a) Sowohl an der Coesfelder Straße, als auch am Gemeindeplatz müssen die Ausführungsfristen der entsprechenden Förderrichtlinien bedient werden (es sind hier zwei verschiedene Förderprogramme und somit zwei verschiedene Förderrichtlinien)*

Dies bedeutet, dass die Zeiten der Bauausführungen (einschl. Maßnahmenstart) vom Fördergeber vorgegeben werden.

b) Ein weiterer Ansatz ist, dass während der coronabedingten Ausfallzeiten in der Außengastronomie (Johannesstübchen BHD/ Cafe Essmann /Eisdiele) möglichst intensiv an den öffentlichen Außenanlagen gearbeitet wird, um nicht in einer Hochsaison nach Corona die Bauarbeiten starten zu müssen.

c) Ein gestecktes Ziel ist gleichwohl auch, den Bürgern von Lette und den Bewohnern des BHD zur Sommerzeit einen fertigen Gemeindeplatz mit einer guten Aufenthaltsqualität anbieten zu können.

d) Die Verkehrssperrungen rund ums BHD sind im Vorfeld intensiv mit dem BHD abgeklärt, und auf Durchführbarkeit besprochen worden.

Herr Braukmann fragt, weshalb ein Gitter vor dem Spielplatz am Billweg stehe.

Herr Backes sagt zu, sich hier zu erkundigen.

Antwort der Verwaltung: Der Spielplatz am Billweg wurde mit neuen Spielgeräten ausgestattet. Der hier verwendete Beton musste 28 Tage aushärten. Danach wurde neuer Rasen eingesät, welcher zunächst zumindest teilweise keimen soll, bevor der Spielplatz wiedereröffnet wird. Der Spielplatz kann voraussichtlich Ende der 17. / Anfang der 18. KW. Eröffnet werden.

Herr Schürhoff erkundigt sich, ob es eine Regelung dafür gebe, dass die Tiefgaragen der Neubauten an der Coesfelder Straße ihre Zufahrt in Richtung Friedhof haben.

Herr Stadtbaurat Backes bejaht dies.

Herr Tüllinghoff weist darauf hin, dass das Häuschen der Glasfaser mit dem Standort am Gemeindeplatz von der Politik abgelehnt wurde; nichtsdestotrotz nun jedoch dort ein Häuschen der Stadtwerke installiert wurde.

Herr Backes sagt, dass das Häuschen der Stadtwerke kleiner sei, als das Häuschen der Glasfaser. Außerdem hätten beim Vorhaben der Glasfaser Bäume gefällt werden müssen. Bei dem Häuschen der Stadtwerke jedoch nicht.

gez. Bernhard Kestermann
(Ausschussvorsitzender)

gez. Marie Bongers
(Schriftführerin)